Gegen den Gewaltfrieden

Gewaltige Straßendemonstrationen gegen die auf Zerstückelung Deutschlands gerichteten Pläne, insbesondere auch gegen die Losreißung östlicher Landesteile durch die Polen, bildeten am gestrigen Sonntag das Ereignis von Berlin. Vormittags fanden, wie von dort gemeldet wird, drei Massenversammlungen statt. In einer Protestversammlung im Sportpalast führte

Reichsminister Erzberger

u. a. aus: „Die Worte Wilsons über Polen werden mißbraucht. In einer seiner Botschaften fordert Wilson, daß alle strittigen Gebietsfragen so gelöst werden sollen, daß neue Elemente von Zwist und von Gegnerschaft und von Friedensgefährdungen nicht geschaffen werden. Es müßte nicht schwer fallen, bei allseitigem guten Willen eine befriedigende Lösung zu finden. Aber die Polen ziehen den Weg der brutalen Gewalt vor. Art. 15 des Waffenstillstandsabkommens schließt das Betreten von Danzig und der Weichsel durch die Polen aus. Das deutsche Volk erhebt einmütig feierlich Protest, daß ein in seiner überwiegenden Mehrheit deutscher und deutschgesinnter Teil seines Gebietes vergewaltigt werden soll. Deutschland ist bereit zu einer Neutralisierung der Weichsel, was Danzig als Freihafen einschließen würde. Das deutsche Volk kann und wird einen Frieden, der mit der Annexion von Danzig, Westpreußen und einem Teil von Oberschlesien belastet ist, nicht unterzeichnen. Was dann kommt, dafür überlassen wir die Verantwortung einzig und allein dem Verbande. Sofortige Herausgabe unsrer Kriegsgefangenen und Zivilgefangenen, sofortige Aufhebung der Hungerblockade sind die Punkte, in denen wir fordern, daß die französische und mit ihr die verbündeten Regierungen endlich dem deutschen Beispiel von 1871 folgen. Als dritte Forderung stellen wir auf die sofortige Räumung der besetzten Gebiete. Deutschland kann nur dann seinen Verpflichtungen nachkommen, wenn es völlige Bewegungsfreiheit erhält."

Nach Schluß der Versammlungen begab sich ein Teil der Besucher in geschlossenen Zügen nach dem Reichskanzlerhaus, um dort die gefaßte Entschließung zu übergeben. Der Vizepräsident des Reichsministeriums

Reichsminister Schiffer

hielt darauf von einem Fenster des Reichskanzlerhauses aus eine Ansprache, in der er sagte: „Im Namen der Reichsregierung habe ich die Entschließung, die Sie in einer machtvollen Versammlung gefaßt haben, entgegengenommen. Im Namen der Reichsregierung verspreche ich Ihnen, alles zu tun, was in menschlichen Kräften steht, um das wahr zu machen, was Sie von uns verlangen. Aus Ihren Worten spricht der feste und heilige Entschluß eines ganzen Volkes, zu seinem Volkstum zu stehen und alles ihm zu opfern. Da in unsern Zeiten keine Regierung Kraft hat, die sich nicht stützt auf die Seele des Volkes, so hat jede Regierung nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, der Seele des Volkes in den höchsten Dingen nachzugehen und nachzuleben, und so wollen wir in demselben Geiste handeln, wie Sie ihn verkündet haben in Ihren Worten. Wir haben einen guten Grund, einen festen Boden, das ist der Boden des Rechts. Auf dem wollen wir stehen bleiben und von dem lassen wir uns nicht abdrängen, und in dem Siege des Rechtes wird das Heil des Vaterlandes liegen."

Nachdem inzwischen neue Massen die Entschließungen andrer Versammlungen gebracht hatten, die sich ebenfalls gegen die Abtrennung deutscher Gebiete, namentlich der alten Stadt Danzig, wenden, trat Minister Schiffer nochmals ans Fenster und sagte: „Die Entschließungen, die Sie gefaßt haben, haben mich tief ergriffen um des Geistes willen, in dem sie gefaßt worden sind. Ich fasse, was Sie in Ihren Entschließungen gesagt haben, in wenigen Worten zusammen: „Wir Deutsche müssen deutsch bleiben!"

Diese Worte lösten stürmischen Beifall aus. Den Vertretern des Reichsverbandes Ostschutz berichtete Minister Schiffer im Namen der Reichsregierung, daß diese nichts unversucht lassen werde, um den für uns Deutsche geheiligten Boden der Ostwerk dem Vaterland zu erhalten.

Volkskundgebung in Schlesien

* Breslau, 24. März. Auf Veranlassung des Volksrates zu Breslau und des Zentralrates der Provinz Schlesien war für gestern eine Massenkundgebung für die Einheit Schlesiens einberufen worden. Vertreter aller politischen Parteien sprachen für die Untrennbarkeit und Reichszugehörigkeit Schlesiens. — Der Soldatenrat der Garnison Brandenz sandte an die Reichsregierung, die Nationalversammlung usw. Protestkundgebungen, in denen es heißt: „Die Garnison Graudenz, 10000 Mann stark, wird sich jedem Versuch der Angliederung Westpreußens an Polen mit Waffengewalt widersetzen."

•

Eine Massenkundgebung in Danzig

× Danzig, 23. März. Mittags fand eine machtvolle Kundgebung der deutschen Bevölkerung statt, an der ungefähr 50000 Personen teilnahmen und bei der Ansprachen gehalten wurden, in denen der Wille des Deutschtums zu Danzig bekundet wurde. In der Entschließung der Stadt Danzig heißt es u. a.: „Wir fordern das Selbstbestimmungsrecht der Völker für uns." Nach der Demonstration begab sich der Oberbürgermeister zum Leiter der amerikanischen Lebensmittelkommission für Polen und überreichte ihm die von der Volksmenge angenommene Entschließung.

In Schleswig wurden bei Kundgebungen von Tausenden schleswig-holsteinischer Männer und Frauen für die Zugehörigkeit zu Deutschland Entschließungen gefaßt, in denen Protest gegen jegliche Abtrennung schleswig-holsteinischen Bodens an Dänemark erhoben wurde, und denen, die im Westen Deutschlands für die Gründung einer westdeutschen Republik Stimmung machen, zugerufen wird: „Verlaßt eure Mütter nicht in den Ketten der Not."

•

Ein neuer Uebergriff Fochs

Der Provinzialland tag der Rhein-Provinz, der gestern mittag eröffnet werden sollte, mußte nach einer Meldung aus Düsseldorf vertagt werden, da dem Oberpräsidenten in Coblenz und verschiedenen Mitgliedern des Landtages des Regierungsbezirks Coblenz die Genehmigung zur Ausreise von der Besatzungsbehörde nicht erteilt worden ist. Auch in den Kreisen Trier und Aachen ist die Erteilung der Genehmigung zur Ausreise von der Besatzungsbehörde angeblich auf Befehl des Marschalls Foch zurückgezogen worden.

Zurückweisung der französischen Ueberforderungen

+ Bern, 24. März. (Priv.-Tel.) Den politischen Hintergrund der Erschütterungen des französischen Franken-Kurses bilden Meinungsverschiedenheiten zwischen England und den Vereinigten Staaten einerseits und Frankreich andererseits besonders in der Frage der deutschen Kriegsentschädigung. Die französische Forderung, daß Deutschland mindestens sofort 25 Milliarden Franken bar bezahlen soll, hat innerhalb der Kommission Gegner, welche geltend machen, durch eine derartige Kapitalentziehung würde Deutschland unfähig gemacht werden, weitere Leistungen aufzubringen. England und Amerika sind gerade gegenwärtig in der Lage, einen finanziellen Druck auf Frankreich auszuüben. Frankreich schuldet England 450 Millionen Pfund Sterling und soll am 1. April in New-York die fälligen 100 Millionen Dollars einlösen. Es sind aber Dollar- und Sterling-Wechsel in Paris überhaupt nicht zu haben so daß Frankreich auf neue englische und amerikanische Bankkredite angewiesen ist. Auf eine Anfrage Englands und Amerikas, auf welche Weise Frankreich die Verbindlichkeiten London—New-York begleichen wolle, antwortete Frankreich: Es könne die Entscheidung erst treffen, nachdem die Höhe der ihm von Deutschland zu leistenden Entschädigung festgesetzt sei. Auf englischer und amerikanischer Seite will man diese Antwort nicht gelten lassen, sondern verlangt vielmehr mit direkter Einmischung in die inneren französischen Angelegenheiten entsprechende steuerliche Maßnahmen Frankreichs, besonders eine Reorganisation der Einkommensteuer.

Freikorps Lettow-Vorbeck

General v. Lettow-Vorbeck, der ruhmreiche und unbesiegte Verteidiger Deutsch-Ostafrikas, stellt, wie das Wolff-Bureau meldet, ein Freikorps auf, das als Division Lettow-Vorbeck dem Gardekavallerieschützenkorps unterstellt wird. Nach 4½jährigen Kämpfen von unerhörter Schwere, nach Ueberwindung ungeheurer Strapazen ist General v. Lettow-Vorbeck endlich in die Heimat zurückgekehrt. Er fand ein Deutschland, zerrissen von inneren Kämpfen, bedroht von einem Gewaltfrieden, den ihm der Haß des rachsüchtigen Siegers auferlegen will, an den Ostgrenzen Polen und Bolschewisten, die land- und beutegierig darauf lauern, kerndeutsches Land und Volk zu überfallen und an sich zu reißen. General v. Lettow-Vorbeck hat sich angesichts dieser Umstände sofort entschlossen, sich der Regierung zur Verfügung zu stellen und an der Spitze eines Freikorps für Ruhe und Ordnung im Innern und für den Schutz der Landesgrenzen zu sorgen, damit Deutschland endlich wieder aufgebaut werden kann. General v. Lettow-Vorbeck wendet sich jetzt in einem Aufruf an alle Schutztruppen, Soldaten und Offiziere, und fordert sie auf, seinem Freikorps, dessen Werbezentrale sich in Berlin, Nürnberger Straße 70/71 (Deutsches Künstlertheater) befindet, beizutreten.

Auch die Bremer Seeleute fahren

× Bremen, 23. März. Die heutige Versammlung der Bremer Seeleute aller Dienstgrade war von mehreren tausend Seeleuten besucht, in der Mehrzahl von Mitgliedern des Deutschen Seemannsbundes. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der sich die Seeleute verpflichteten, auf die Aufforderung der Regierung mit den Schiffen auszufahren. Gleichzeitig wird die Regierung aufgefordert, für die durch eine eventuelle Auslieferung der Schiffe brotlos werdenden Seeleute in ausgiebiger Weise zu sorgen.

•

Lebensmittel aus Norwegen in Sicht

* Kopenhagen, 24. März. „Nationaltidende" erfährt von seinem Londoner Berichterstatter, die norwegische Lebensmittelkommission sei Freitag aus Paris nach London zurückgereist, wo sie mit dem Wirtschaftsrat der Alliierten wegen der norwegischen Ausfuhr nach Mitteleuropa, besonders nach Deutschland, verhandelt hatte. Norwegen wünscht, Speisefette und Heringe nach Deutschland auszuführen. Die Delegierten waren sehr zufrieden mit dem erreichten Ergebnis. Sie erhielten Erlaubnis zur Versendung von 7000 Tonnen Fett und können ferner auch Heringe nach Deutschland exportieren.

Ein Eingeständnis der „Freiheit"

Der Abg. Eduard Bernstein, der, wie berichtet, sich wieder den Mehrheitssozialisten angeschlossen hat, nimmt in einem Artikel des „Vorwärts" und zugleich in der unabhängigen „Freiheit" noch einmal das Wort, um seinen Schritt zu begründen. Er wirft den Unabhängigen vor, daß sie jetzt, wo alles darauf ankomme, der Republik über die schwere Krisis hinwegzuhelfen, gegen sie in derselben Weise ankämpfe, wie vorher gegen das militärisch fundierte Kaiserreich. Sie behaupteten zwar, die Praxis der Spartakiden abzulehnen, übernähmen aber immer mehr von der Phraseologie des Spartakismus, so daß der Unabhängige Kurt Rosenfeld im Namen der Partei in der Nationalversammlung erklären durfte: „Wir stehen auf dem Boden des Rätesystems." Damit werde eine verderbliche Konfusion in den Köpfen der ihnen zugänglichen Teile der Arbeiterschaft angerichtet, die nur in der Preisgabe des demokratischen Programms der Sozialdemokratie wenigstens logischen Spartakiden zugute kommen könne. Damit werde zugleich der reaktionären Gegenrevolution das Werk der Bearbeitung der bürgerlichen Klassen in Stadt und Land erleichtert. Bernstein erklärt, er vermöge nicht stillschweigend eine Politik mitzumachen, die er von Grund aus für verkehrt und verderblich halte.

Die „Freiheit" fügt nun den Ausführungen Bernsteins ihrerseits Bemerkungen an, in denen sie davon spricht, daß Bernstein sich von dem „Schreckgespenst des Bolschewismus" einschüchtern lasse. Daher auch Bernsteins ablehnende Haltung zu dem Rätesystem. Mehr als merkwürdig ist nun das, was das unabhängige Blatt Bernstein entgegenhält. Es heißt da wörtlich: „Wir teilen diese Sorge nicht, weil wir meinen, daß die ganz andre soziale Struktur Deutschlands, die überwiegende Stärke der industriellen Arbeiterschaft auf der einen Seite, aber auch die Stärke und Organisationsfähigkeit der Bourgeoisie und der Beamtenschaft sowie das vollständige Fehlen einer revolutionären Bauernschaft die Gefahren, die die wirklichen oder erdichteten Ausartungen des Bolschewismus bedeuten, für Deutschland ernsthaft nicht in Betracht kommen lassen." Also das Bürgertum, die Beamtenschaft und das Bauerntum sind eine Mauer gegen das Eindringen des Bolschewismus. Schön. Deshalb also verlangen die Unabhängigen nicht nur die Wehrlosmachung, sondern auch die völlige Vernichtung des Bürgertums. Sie übersehen dabei aber, daß so starke Kräfte nicht einfach durch Parteibeschluß vernichtet werden können. Oder bedeutet das Eingeständnis der „Freiheit", daß für den Bolschewismus überhaupt kein tragfähiger Boden in Deutschland vorhanden ist? Dann sollte sie auch endlich ihre hin und her schwankende Politik danach einrichten.

Kaiser Carl entsagt und geht

+ Wien, 24. März. (Priv.-Tel.) Von unterrichteter Seite, die mit Eckardtsau in Verbindung steht, wird mitgeteilt: Die in den letzten Tagen lebhaft geführten Erörterungen über die künftige Stellung des Exkaisers Carl dürften einen schnellen Abschluß erfahren, da für die nächsten Tage weitgreifende Entschlüsse des ehemaligen Kaisers zu erwarten sind. Er soll nämlich entschlossen sein, um einem Konflikt mit Deutsch-Oesterreich auszuweichen, Deutsch-Oesterreich doch zu verlassen und nach der Schweiz zu übersiedeln. Ferner wolle er für sich und die Angehörigen seines Hauses eine förmliche Thronentsagung erlassen. Die Durchführung dieses Beschlusses soll in den nächsten Tagen erfolgen.

Die sozialistische Konferenz in Weimar

Ein sozialdemokratischer Protest

G. Weimar, 24. März. (Eig. Drahtbericht.) Im Vordergrund der Erörterungen der sozialistischen Konferenz am Sonntag stand die Frage der Einberufung eines Parteitages. Der Abg. Legien forderte die Einberufung dieses Parteitages schon für die nächsten Wochen. Auch mehrere andre Redner traten dafür ein, daß der Parteitag so rasch wie möglich einberufen werden solle. Man wandte sich dann teilweise gegen das Vorgehen der Regierungstruppen in Berlin, wobei die Befürchtung laut wurde, daß sich Noske von Offizieren seiner Umgebung zu sehr habe beeinflussen lassen. Der Reichswehrminister Noske trat diesen Vorwürfen entgegen und schilderte die Entwicklung der Freiwilligenkorps. In seinem Schlußwort dankte das Parteivorstandsmitglied Hermann Müller dem Minister Noske für seine Verdienste um die Partei und um das deutsche Volk. Wenn auch Uebergriffe der Regierungstruppen vorgekommen seien, so habe Noske doch das deutsche Volk vor dem Chaos und vor dem Bolschewismus bewahrt. Die Aussprache endete mit der Annahme eines Antrages, nach dem für die Pfingstwoche eine Parteiwoche wahrscheinlich in Weimar einberufen werden soll. Dann wurde folgende Entschließung angenommen: „Der Abschluß des Krieges steht bevor. Deutschland hat im Vertrauen auf die in den 14 Punkten Wilsons festgelegten Friedensgrundsätze die Waffen niedergelegt. Die früheren Machthaber, gegen die allein die Entente nach ihren Erklärungen den Krieg geführt hat, der Militarismus und die Junkerkaste sind durch die Revolution hinweggefegt. Die Deutsche Republik wird ein Eckstein des Weltfriedens sein. Das deutsche Volk will einen dauernden Frieden, der alle Völker zur Freundschaft und zur gemeinsamen Kulturarbeit vereint. Die am 22. und 23. März tagende Konferenz des Vorstandes der Kontrollkommission, des Parteiausschusses und der Nationalversammlungsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erneuert das proletarische Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und nimmt dieses Recht auch für das deutsche Volk in vollem Umfange in Anspruch. Sie erhebt daher feierlichen Einspruch gegen jede Vergewaltigung deutscher Volksgenossen, wie das in Posen, Ost- und Westpreußen mit dem kerndeutschen Danzig, in Schlesien, Schleswig-Holstein, in Saar- und Rheingebieten und in Deutsch-Oesterreich von feindlicher Seite geplant ist. Sie verwahrt sich in gleicher Weise gegen jeden Versuch, durch unerträgliche materielle Belastung das deutsche Volk für die Dauer in wirtschaftlicher Sklaverei zu halten und seine Wiederaufrichtung zu verhindern. Sie beanspruche für Deutschland die gleichberechtigte Zugehörigkeit zum Völkerbund, dem anzugehören das deutsche Volk durch seine Kulturarbeit und seinen aufrichtigen Friedenswillen vollauf würdig ist. Die Sozialdemokratische Partei warnt darum mit vollem Ernst vor jeder Vergewaltigung des deutschen Volkes und legt den Schuldigen die volle Verantwortung für die Folgen ihrer Haltung, die daraus entstehende Gefahr neuer Kriege und den drohenden Weltbrand des Bolschewismus vor der Geschichte und vor der Menschheit auf. Sie ruft das internationale Proletariat und die aufrichtigen Freiheits- und Friedensfreunde aller Völker, zumal der feindlichen Mächte, auf, ihr in diesem Kampfe für Recht und Völkerfreiheit und damit für den dauernden Weltfrieden fest zur Seite zu stehen."

Die Konferenz wandte sich alsdann der Erörterung der Rätefrage zu. Ministerpräsident Scheidemann, der am nachmittag mit dem Kraftwagen von Berlin in Weimar wieder eingetroffen war, hielt ein einleitendes Referat. Er lehnte das Eingehen auf undemokratische Forderungen in diesem Referat grundsätzlich ab. Der Arbeiterschaft müsse auf den Produktionsprozeß Einfluß eingeräumt werden. Eine gesetzliche Formulierung stehe vor ihrem Abschluß, die allen billigen Forderungen Rechnung tragen würde. Scheidemann ging dann noch auf die Vorgänge in Ungarn ein und zeigte, daß die bolschewistische Regierung in Ungarn ein Ergebnis der imperialistischen Politik der Entente sei. Schließlich gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der die Konferenz bekennt, daß sie jede Form der Minderheitsherrschaft ablehnt und sich zu dem Grundsatz der Demokratie bekennt. Sie fordert daher, daß das allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Verhältniswahlrecht für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen für alle gesetzgebenden und öffentlichen Verwaltungskörperschaften in der Verfassung festgelegt wird. Sie fordert weiter schleunige durchgreifende Maßnahmen zur Demokratisierung der Verwaltung. Die Sozialisierung könne nur schrittweise erfolgen, aber sie müsse in den dafür reifen Betriebszweigen unverzüglich in Angriff genommen werden. Die Entschließung fordert dann weiter, daß zur Mitwirkung an Sozialisierungsmaßnahmen, an der Kontrolle sozialisierter Betriebe und an der Ueberwachung der Gütererzeugung und -verteilung gesetzlich geordnete Arbeitervertretungen geschaffen werden sollen. Weiterhin sollen Bezirksarbeiterräte und ein Reichsarbeiterrat gesetzlich vorgesehen werden, die jedem Erlaß wirtschaftlicher und sozialpolitischer Gesetze, ebenso wie die Vertretungen aller übrigen schaffenden Stände, gutachtlich zu hören berechtigt sein sollen, und selbst Anträge auf den Erlaß solcher Gesetze stellen können. Das System der Betriebsvertrauensleute soll nach der Entschließung weiter ausgebaut werden. Die Entschließung fordert weiter, daß spätestens in der Pfingstwoche ein Parteitag stattfinden soll, daß ferner im ganzen Lande Reichs- und Bezirkskonferenzen abgehalten werden sollen, in denen auf eine engere Fühlungnahme zwischen Orts- und Bezirksorganisationen hingearbeitet werden soll.

Kleines Feuilleton

= Programm für Dienstag. Opernhaus: „Tiefland", 6. — Schauspielhaus: „Wetterleuchten", 6. — Albert-Theater: „Hidalla", 6. — Residenztheater: „Die Geisha", 7. — Zentraltheater: „Die Fischingsfee", 7.

= Mitteilung des Albert-Theaters. Infolge der Wiedereinführung des geregelten Straßenbahnbetriebes beginnen die Wochentagsaufführungen von diesem Dienstag an, ohne jede Ausnahme, abends ½7 Uhr. Der Beginn der Sonntagsaufführungen bleibt auf 3 und 7 Uhr festgesetzt.

= Mitteilung des Residenztheaters. Am Mittwoch den 26. März nachmittags 3 Uhr letzte und 70. Aufführung des Märchens „Der Binsenmichel". Der Reinertrag aus dieser Vorstellung wird der Kinderheilanstalt Dresden überwiesen.

= Arbeitslosenkonzert. Zum Besten der Kriegsblinden veranstaltete die Sächsische Landeskapelle unter Fritz Reiners Führung ein Konzert, das leider nicht so gut besucht war, wie es in Anbetracht des guten Zweckes und des interessanten Programms zu wünschen gewesen wäre. Zuerst erklang Smetanas Ouvertüre zur „Verkauften Braut" und weckte gleich lebhaftesten Beifall. Obgleich die Akustik des Gewerbehaussaales bekanntlich nicht günstig ist, verstand es Reiner, zu einer hinreißenden Leistung anzufeuern. Der Farbenreichtum des Orchesters konnte sich am blendendsten in Rimsky-Korsakows sinfonischer Suite „Scheherazade" entfalten. Die Verwendung derselben Motive in allen Sätzen bedingt zwar eine gewisse Einförmigkeit, und verschiedene Märchen lassen sich nicht gut mit denselben, wenn auch veränderten, Themen erzählen, aber niemand wird sich dem fremdartigen Zauber von Harmonie und Orchestration entziehen können. Allerdings müssen Meisterspieler an den Pulten sitzen, um diese virtuosen Aufgaben restlos zu bewältigen. Es war diesmal eine Glanznummer. Zwei Solisten waren außerdem noch aufgeboten worden. Marn Grafenicks zarte Stimme mag bei passenden Liedern in kleinem Saale mit Klavierbegleitung nicht unsympathisch wirken. Ihre Ausdrucksphäre ist eng begrenzt und wurde im allgemeinen nicht überschritten. Von Mraczeks Orchesterliedern gefiel das Frl. Grafenick gewidmete „Spinnerlied" entschieden am besten und auch die Idylle „Am Strande" weist treffende Stimmungsmalerei auf. Dagegen konnte man bei dem Liede „März" öfters im Zweifel sein, ob Singstimme und Begleitung zusammen gehörten. Das war nun bei den Straußliedern nicht der Fall, denn sie zählen zu den glücklichsten Eingebungen des Komponisten, wenn sie auch mit Klavier weit besser klingen. Die „freundliche Vision" erschien wohl bloß mit der neuen Orchesterbegleitung zum ersten Male. Der Hauptgewinn des Abends war Karl Bleyles neues Violinkonzert in C-Dur. Knapp in der Form, melodisch in der Haltung und dankbar in der Ausgestaltung der Solostimme kommt es dem Verständnis des Publikums entgegen. Dabei ist sein Empfindungsleben weder überspannt, noch sentimental, sondern es weht uns frische Heraluft aus dem Werk des Tirolers entgegen. Solch gesunde Kost kann uns wohl niemand besser vorsetzen als Gustav Havemann, der selbst gern mit urkräftigem Behagen die Herzen aller Hörer gewinnt. Er erspielte sich, dem Stück und dem anwesenden Komponisten einen rauschenden Erfolg. W. Pz.

= Liederabend. Ein geradezu vorbildliches Programm bot der Liederabend Gertrud Meinel-Karl Becker. Mit Ausnahme der bekannten Duette von P. Cornelius und einigen Gesängen von Haydn, Brahms und R. Strauß brachte der Abend nur neue Werke zeitgenössischer Tonsetzer. Wolfgang v. Bartels war mit drei zart empfundenen Liedern vertreten, in deren Begleitung die modernste Akkordtechnik unaufdringlich Verwendung findet. Konservativer ist Werner Josten, dem mit dem „Lied der Suleika" ein echter Sang gelungen ist. Ungleich gearbeitet stellen sich vier Lieder von Hans Ebert dar. Kann „Der Blütengarten" auf Worte von H. Betzge als glücklicher Wurf angesehen werden, so bleibt in der „Schenke im Frühling" und dem humoristisch gedachten „Musikus" die Charakteristik eigentlich in der Feder stecken. Unruhig flackernde Rhythmik und kurze, sprunghafte Thematik bieten dafür keinen vollwertigen Ersatz. G. Meinel verhalf den Liedern durch starkes Einfühlen und prächtige Gestaltungskraft zu unmittelbar zündender Wirkung. Roland Bocquet löst seine Vorlagen in eine Reihe fein zugespitzter Einzelmomente auf, ohne darüber den einheitlichen Zug ganz zu vergessen. Aus K. Beckers Organ, einem tiefen Baß mit auffallend flacher Höhe, könnte eigentlich mehr herausgeholt werden, wenn der Tonbildung und Wortbehandlung größere Sorgfalt zugewendet würde. Nicht zu entschuldigen ist es, wenn im Programm eine Anzahl von Wortwiederholungen in der von Haydn vertonten „Teilung der Erde" abgedruckt wurde. Derartiges ist wohl in der Komposition gestattet, im Druck entsteht aber ein sinnloses Herbbild. Prof. K. Pretzsch lieh den Solisten seine oft bewährte Unterstützung am Flügel. D. S.

= „Das Ende der Marienburg." Aus Weimar wird uns geschrieben: Im Nationaltheater fand Herbert Eulenbergs Schauspiel „Das Ende der Marienburg" seine Uraufführung. Die Handlung spielt im Jahre 1466 im Remter der Marienburg vor dem zweiten Frieden von Thorn. In der ähnlich wie in Kaisers Schauspiel „Die Bürger von Calais" gestellten Frage: „Soll der Krieg durch Verhandlungen beendet oder bis zur Selbstvernichtung fortgeführt werden?" äußern sich zwei einander gegenüberstehende Parteien, die der Pazifisten, die durch den Bürgermeister vertreten ist, und die zweier in rücksichtslosem Drauflängertum einherbrausenden Deutschritter. Zwischen beiden vermittelnd, steht der Hochmeister, der sich jedoch mehr der Ansicht des Bürgermeisters zuneigt. Beim Widerstreit der Meinungen stellt sich heraus, daß der eine Ritter im Widerspruch zur Ordensregel den König der durch Verrat siegreichen Polen zum Zweikampf herausgefordert, und der Bürgermeister sich als Geisel dem rachsüchtigen Feinde zur Verfügung gestellt hat. Stadt und Burg werden am Ende Beute des Feindes. Der Hochmeister verkündet eine frohe, durch den Frieden bedingte Zukunft im Geiste christlicher Liebe. In den mehrfach etwas breit gesponnenen, aber in wohlklingende Jamben gekleideten Reden spiegelt sich die Not von heute grell wider. Der Mikrokosmos der Marienburger Vorgänge ist ein Abbild der Heldenkämpfe und des Jammers unsrer Tage. Die starke Aktualität des Stückes war wohl der Grund zu dem früheren Verbote des Werkes. Dem Stücke geht ein Vorspruch voraus, über das Goethe-Wort „Alles Vergängliche ist nur ein Gleichnis". Die Aufführung verlangt gute Sprecher, an denen es hier nicht fehlte, aber auch einen sich breit ausdehnenden Raum, für den die Interimsbühne nur knapp ausreichte. Trotzdem gelang es der Bühnenleitung Ernst Hardts, dekorativ wirksame Bilder zu schaffen. Der Beifall des gut besuchten Hauses bedeutete einen starken Achtungserfolg. O. Fr.

= Die Einführungsvorträge in Goethes Faust, 2. Teil, gehalten von ersten Dramaturgen des Schauspielhauses, Dr. Karl Wolff, beginnen diesen Dienstag, 7 Uhr, im Gewerbehaus.

Letzte Nachrichten und Telegramme

Ein ungarisches Ultimatum an die Entente

u. Wien, 24. März. (Eig. Drahtbericht.) Die „Wiener Sonntags- und Montagszeitung" meldet aus Budapest, die Kommunisten-Regierung habe den Alliierten eine achttägige Frist zum Verlassen Ungarns gestellt.

Die geplanten Truppenlandungen in Danzig

+ Berlin, 24. März. (Priv.-Tel.) Wie aus Danzig berichtet wird, beurteilt man dort die Frage der Landung der Truppen des polnischen Generals Haller optimistischer. In Danzig weilt gegenwärtig eine Kommission der Entente, um die technischen Möglichkeiten für eine Landung der Divisionen Hallers im Danziger Hafen zu prüfen. Die Kommission scheint sich davon überzeugt zu haben, daß die Einrichtungen des Danziger Hafens für größere Truppenlandungen durchaus unzulänglich sind und daß es sich schon aus diesem Grunde empfehlen dürfte, Libau oder einen andern Hafen vorzuziehen. Bei der Stimmung in Westpreußen ist als sicher anzunehmen, daß eine Landung Hallers in Danzig und ein Einmarsch in Westpreußen das Signal zu blutigen Unruhen und Kämpfen sein würde, aus denen nur der Bolschewismus an der Nordgrenze Vorteil ziehen würde.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19190325/2